

Motion Mohamed Abdirahim (JUSO): Velos für alle statt für wenige; Ablehnung

Im Sommer 2018 wurde viel über Publibike diskutiert. Vor allem operative Probleme standen in der Kritik. Velos können leicht geklaut werden, zudem ist das System nicht zuverlässig. Wir kritisieren, dass das Angebot keinen Service-Public-Auftrag erfüllt, sondern ein Symptom einer Politik für die Wenigen ist.

Den neulich zugelassenen Dienst «Smide» betrachten wir ebenfalls kritisch. Das Angebot ist ebenfalls zu teuer und überlässt die Konsequenzen eines allfälligen Velo-Chaos, wie 2017 in Zürich, der Gesellschaft.

Velopolitik soll der Ansicht der Motinäre nach der Gesellschaft dienen. Im Fokus: Reduktion des Individualverkehrs und Umweltschutz. Eine entsprechende Politik ist nur gut, wenn alle davon profitieren können. Die Stadt darf nicht zu jedem Preis mit Velos vollgestellt werden. Das ist nicht Synonym einer guten Verkehrspolitik.

Damit sich Probleme wie bei Publibike nicht mehr ereignen und die Stadt vor den Folgen geschützt wird, sind zusätzliche Rahmenbedingungen und Mechanismen nötig, die wir mit dieser Motion formulieren. Auch soll der öffentliche Raum nur AnbieterInnen zugänglich sein, wenn der öffentliche Auftrag der Stadt erfüllt wird. Wer sich nicht an die Mindestangebote und Platzeinschränkungen hält, erhält keinen Zugang zum öffentlichen Raum.

Der Gemeinderat wird deshalb aufgefordert:

1. Das Mindestangebot ist wie folgt zu definieren: Die ersten 30 Minuten jeder Nutzung sind kostenfrei. Mobilität soll allen zugänglich sein.
2. Die Beanspruchung der Abstellplätze wird so gestaltet, dass möglichst wenige normalen Abstellplätze zu diesem Zweck verloren gehen.
3. AnbieterInnen müssen für eine Betriebsbewilligung, die ersten zwei Bedingungen erfüllen
4. Die Stadt sieht Strafen vor, falls die AnbieterInnen nicht an die Bedingungen der Betriebsbewilligungen halten. Dasselbe gilt bei der Nichterfüllung von Leistungsverträgen.

Bern, 06. Dezember 2018

Erstunterzeichnende: Mohamed Abdirahim

Mitunterzeichnende: -

Antwort des Gemeinderats

Die Punkte 2 und 3 der vorliegenden Motion betreffen Wahl und Ausgestaltung verkehrsplanerischer und strassenbautechnischer Massnahmen und damit inhaltlich einen Bereich, der in der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt. Ihnen kommt daher der Charakter einer Richtlinie zu. Sollten diese beiden Punkte erheblich erklärt werden, sind sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags, und die Entscheidungsverantwortung bleibt bei ihm.

Gestützt auf die Motion Fraktion GB/JA! (Aline Trede, GB/Rahel Ruch, JA!): *Ein Veloverleihsystem für Stadt und Agglomeration Bern* (2009.SR.000268), hat die Stadt Bern im Mai 2015 den Auftrag für die Planung, die Finanzierung, den Aufbau sowie den Betrieb eines öffentlichen Veloverleihsystems (VVS) in einem offenen WTO-Verfahren öffentlich ausgeschrieben.

Das diesem stationsgebundenen VVS zugrundeliegende Geschäftsmodell entspricht einer Public Private Partnership. Die Stadt definierte mittels einem funktionalen Pflichtenheft die Ausgestaltung des VVS. PubliBike trägt als im Ausschreibungsverfahren obsiegender privater Gesamtdienstleister (GDL) das Betriebsrisiko und hat die Pflicht, das VVS während der vereinbarten Dauer von fünf Jahren zu betreiben. Hinsichtlich des Tarifsystems des VVS legte die Stadt Bern im Pflichtenheft und in der Ausschreibung folgende Vorgaben fest:

- a) Der Gesamtdienstleister legt das Tarifmodell für die Nutzung des Systems fest. Für registrierte Nutzende mit einem Abonnement ist die Benutzung eines konventionellen Velos für die ersten 30 Minuten jedoch zwingend kostenlos.
- b) Für wesentliche Änderungen (Abweichung gegenüber Vorjahr grösser als 20 % oder gegenüber dem zum Systemstart gewählten Tarifmodell grösser als 50 %) ist das Einverständnis der Stadt notwendig.

Beim Free Floating Angebot von smide fungiert die Stadt im Gegensatz zum stationsgebundenen VVS nicht als Bestellerin, sondern als «blosse» Bewilligungsbehörde für ein privates Angebot. Die im August 2018 erteilte Betriebsbewilligung an smide dauert ebenfalls fünf Jahre, wobei hier – im Unterschied zu PubliBike – aber keine Betriebspflicht gilt. Smide betreibt das Angebot ebenfalls auf eigenes Risiko.

Zu Punkt 1:

Wie der Gemeinderat bereits in seiner Antwort auf die Motion Eva Krattiger/Seraina Patzen (JA!): *Zugänglichkeit zum Veloverleihsystem gewährleisten!* festgehalten hat, sprechen verschiedene Gründe gegen die Forderung, dass das VVS «Velo Bern» von PubliBike, welches im Sommer 2018 seinen Betrieb aufgenommen hat, während den ersten 30 Minuten für alle kostenlos sein soll:

- 95 % der Kundinnen und Kunden von «Velo Bern» leihen das Velo weniger lang als eine halbe Stunde pro Fahrt aus. Mit einem 30-minütigen Gratisangebot würde somit ein zentraler Pfeiler des der Ausschreibung zugrundeliegenden und mit PubliBike vereinbarten Geschäftsmodells wegfallen.
- Ein städtisches Gratisangebot für die ersten 30 Minuten würde zudem die PubliBike-Angebote für Unternehmen «kannibalisieren» und die Attraktivität der Business-to-Business-Angebote reduzieren.
- PubliBike kennt kein städtisches, sondern nur ein nationales Abo, das in allen PubliBike-Netzen der Schweiz gültig ist.
- Für die Umsetzung eines Gratisangebots für Bernerinnen und Berner bräuchte es bei der Registrierung zusätzlich eine Überprüfung der Legitimierung (Wohnsitz in Bern). Dies wäre technisch lösbar, jedoch mit zusätzlichem administrativen Aufwand und mit entsprechenden Kosten verbunden.
- Ein Gratisangebot im angedachten Umfang wäre ein Novum in der Schweiz und es liegen keine Vergleichszahlen vor. Es wäre damit fraglich, ob die zu erwartende Nachfragesteigerung die Kapazität des aktuellen Netzes nicht überfordern würde bzw. ob ein weiterer Stations-, Flotten- sowie betriebsseitig ein Personalausbau nötig wäre.

Vor diesem Hintergrund bleibt der Gemeinderat bei seiner bereits damals mitgeteilten Einschätzung: Er teilt die Auffassung des Motionärs, dass die Nutzung des Veloverleihsystems möglichst niederschwellig und für alle zugänglich sein sollte und er geht davon aus, dass vergünstigte Tarife grosses Potenzial haben könnten, das öffentliche Veloverleihsystem einer noch breiteren Bevölkerungsschicht zugänglich zu machen. Gleichzeitig ist er aber der Auffassung, dass ein gänzlich kostenloses Angebot angesichts der grundlegenden Veränderungen des mit PubliBike vereinbarten Geschäftsmodells nicht sinnvoll – und zudem mit Nachverhandlungen und erheblichen Mehrkosten verbunden - wäre.

Beim Free Floating Angebot von smide erachtet der Gemeinderat eine Tarifvorgabe für den Betrieb – zum Beispiel, dass die Velos während den ersten 30 Minuten kostenlos ausgeliehen werden können – ebenfalls als nicht opportun, da das Unternehmen sein Angebot wie einleitend erwähnt auf eigenes Risiko betreibt und die Stadt hier bloss als Bewilligungsbehörde fungiert.

Aus den genannten Gründen lehnt der Gemeinderat Punkt 1 der Motion ab.

Zu Punkt 2:

Der Gemeinderat teilt die Auffassung des Motionärs, dass möglichst wenige Veloabstellplätze zu Gunsten von Veloverleihstationen aufgehoben werden sollen.

Bei smide gelten für das Abstellen der Ausleihvelos die allgemeinen Vorgaben der Veloparkierung sowie die Auflagen aus der Betriebsbewilligung: In der Innenstadt dürfen höchstens 50 Velos abgestellt sein und es dürfen maximal 10 % eines Veloabstellplatzes durch Free-Floating-Bikes belegt werden. Insoweit führt das Angebot von smide – auch nach den bisherigen Erfahrungen – zu keiner signifikanten Mehrbelastung von Veloparkplätzen.

Beim stationsgebundenen VVS wurde im Zuge der Umsetzung des Standortkonzepts darauf geachtet, dass möglichst wenig bestehende Veloparkplätze verdrängt werden. Aufgrund des hohen Nutzungsdrucks und des beschränkt zur Verfügung stehenden Raums konnte jedoch nicht für alle aufgehobenen Veloparkplätze ein Eins-zu-eins-Ersatz gefunden werden. Da der Bedarf nach Veloabstellplätzen im öffentlichen Raum nach wie vor sehr gross ist, ist der Gemeinderat bereit, Punkt 2 der Motion als Richtlinie erheblich erklären zu lassen.

Zu Punkt 3:

Die für PubliBike und smide geltenden Regeln sind unter den Punkten 1 und 2 dargelegt. Zudem wurde in der entsprechenden Ausschreibung für das öffentliche Veloverleihsystem festgelegt, dass für die nächsten fünf Jahre kein weiteres stationsgebundenes VVS eine Betriebsbewilligung erhalten wird. Die unter Punkt 3 aufgeworfene Frage stellt sich deshalb für stationsgebundene VVS aktuell sowieso nicht. Aus diesen Gründen lehnt der Gemeinderat Punkt 3 der Motion ab.

Zu Punkt 4:

Der Gemeinderat geht mit dem Motionär einig, dass sich die Leistungserbringer bzw. Bewilligungnehmer der Stadt an die aufgestellten Regeln zu halten haben. So sehen denn auch der Leistungsvertrag mit PubliBike betreffend «Velo Bern» sowie die Betriebsbewilligung für das Free Floating-E-Bike-Verleihsystem von smide Schritte bei Nichteinhaltung der Abmachungen vor:

- Der Leistungsvertrag mit PubliBike enthält eine Klausel zur vorzeitigen Vertragsauflösung aus wichtigen Gründen und zum Widerruf der Konzessionen für die Verleihstationen. Zudem wurde eine Kautionsform in Form einer Bankgarantie verlangt.
- Hinsichtlich der erteilten Bewilligung an smide hat die Stadt Bern die Möglichkeit, bei nicht Erfüllung der Auflagen oder bei Missachtung der gesetzlichen Vorschriften die Betriebsbewilligung zu entziehen. Auch von smide wurde die Hinterlegung einer Kautionsform verlangt.

Der Gemeinderat ist bereit, Punkt 4 als Richtlinie anzunehmen; seine Stellungnahme gilt diesfalls gleichzeitig als Begründungsbericht.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, Punkt 1 und 3 abzulehnen.
2. Er beantragt, Punkt 2 und 4 als Richtlinie erheblich zu erklären.
3. Die Stellungnahme zu Punkt 4 gilt gleichzeitig als Begründungsbericht.

Bern, 15. Mai 2019

Der Gemeinderat